

DER PRÄSIDENT IM GESPRÄCH MIT...

Hubert Aiwanger,
Landesvorsitzender der Freien Wähler



Hubert Aiwanger, Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der Freien Wähler, war zu Gast im „Haus der bayerischen Jäger“. Aiwanger ist auch Vorsitzender der BJV-Kreisgruppe Rottenburg und Mitglied des BJV-Landesausschusses. Als Landwirt und Jäger sind ihm die Themen rund um Landwirtschaft und Jagd geläufig, und die Liste der offenen Wünsche ist lang. So fordert er mehr Transparenz beim Vegetationsgutachten: Die Beteiligten müssten sich über die Erhebungsstandorte und Ergebnisse informieren können, sagte er. Erforderlich ist seiner Meinung nach eine Weiterentwicklung der Forstlichen Gutachten. Hier solle auch danach gefragt werden, wie viele standortgemäße Baumarten durchkämen, und ob damit die waldbaulichen Ziele erreicht würden, so Aiwanger. Er drückte zudem Zweifel darüber aus, ob die Jagdabgabe von über einer Million Euro jährlich tatsäch-

lich im Sinne der Jäger eingesetzt werde oder in teils unsinnige Projekte fließe. „Wir Jäger drücken Gelder ab, über deren Vergabe andere bestimmen“, kritisierte er. Die von der bayerischen Staatsregierung geforderten Nachtzielgeräte lehnt Aiwanger ab. Im Gegenzug fordert er das Unternehmen Bayerische Staatsforsten auf, sich unkomplizierter an Drückjagden auf Schwarzwild zu beteiligen und hierbei auf den Abschuss von Rehen zu verzichten. Ansonsten kämen viele Schwarzwildjagden nicht zustande. An den BJV wandte er sich mit der konkreten Bitte, Seminare zur Bejagung des Bibern anzubieten. Der Biber, so Aiwanger, sei in verschiedenen Landesteilen ein großes Problem. Die Jäger würden immer häufiger hinzu gerufen, um die Sonderabschussgenehmigungen der Landratsämter vor Ort umzusetzen. Hierbei könnten fachliche Tipps von erfahrenen Biberjägern hilfreich sein. B. Ettl

Dank zähem Einsatz des BJV: „Grünes Licht“ für Wildwarnreflektoren

Das bayerische Innenministerium hat keine Bedenken gegen die Anbringung von farbigen Wildwarnreflektoren an Straßenposten. Das teilte Innenstaatssekretär Gerhard Eck, MdL, nach Auswertung eines mehrjährigen Modellversuchs in Oberfranken mit.

„Der vorliegende Schlussbericht kommt zu der Bewertung, dass die Verkehrssicherheit auf den Versuchsstrecken nicht beeinträchtigt wurde. Damit besteht nun für Jäger in ganz Bayern die Möglichkeit, Leitpfosten mit solchen Reflektoren zu versehen.“

BJV in Berlin: Regierungsparteien stehen hinter dem Bundesjagdgesetz



Eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes ist in dieser Legislaturperiode nicht zu erwarten. Das ging nicht nur aus einer Antwort der Bundesregierung hervor (vgl. JiB 10/10), sondern war auch eine der Informationen, die BJV-Präsident Prof. Dr. Jürgen Vocke und Geschäftsführer Dr. Joachim Reddemann aus Berlin mitbrachten. Dort hatten sie sich unter anderem mit der FDP-Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan (Bild unten) getroffen. Sie betonte in einem Gespräch ausdrücklich, dass an eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes nicht gedacht sei. Die Liberalen erachteten dies nicht als notwendig.



Unterstützung für das Bundesjagdgesetz äußerte auch Dr. Hans-Peter Friedrich, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag (Bild oben, 2. v. r.), bei einem Treffen mit den BJV-Vertretern. Begleitet wurde er von Dr. Max Lehmer, Mitglied im Agrarausschuss des Bundestags (r.).

Trotz der eindeutigen Positionierung der Regierungsparteien veranstaltete die Partei Bündnis 90/Die Grünen am 26. November in Berlin ein Fachgespräch mit dem Thema „Der Wald-Wild-Konflikt – welches Jagdrecht braucht der Wald“.

Die SPD-Fraktion fragte im Bundestag an, mit welcher Zielrichtung die Waldstrategie 2020 „die wirtschaftlichen Folgen überhöhter Schalenwildbestände und die Notwendigkeit angepasster Wilddichten für die Verjüngung der Baumarten natürlicher Waldgesellschaften ohne Hilfsmittel“ aufgreifen werde.

Landtagsfraktionen übernehmen Forderungen des BJV zu Waffengebühren

Das bayerische Finanzministerium plant, die Gebühren für Vorgänge des Waffenrechts zu erhöhen. Deutlich teurer wird zum Beispiel die Erlaubnis zum Verbringen einer Waffe ins Ausland: Hier kann die Behörde künftig eine Gebühr von bis zu 500 Euro verlangen.

Der BJV hat sich bereits im Mai gegen die Erhöhungen und die geplanten Rahmenseite ausgesprochen. Nun haben auch die Fraktion Freie Wähler sowie Abgeordnete von CSU und FDP im Bayerischen Landtag Anträge gegen die Gebührenanhebung eingebracht.



Verbändeallianz des BJV diskutierte mit Ministerpräsident Seehofer



Vertreter der „Allianz für Heimat und Ehrenamt“, eines Zusammenschlusses von elf Traditionsverbänden auf Initiative des BJV, trafen sich zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Horst Seehofer (i. Bild 3. v. r.). Unter ihnen war auch BJV-Präsident Jürgen Vocke (2. v. r.), der das Treffen mit initiiert hatte. Die Allianz, die über 1,6 Millionen Mitglieder vereint, steht für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie, um dem einzelnen Bürger wie auch den Vereinen mehr Gestaltungsfreiheit einzuräumen. Die Verbandsvertreter nutzten die Möglichkeit, dem Ministerpräsidenten wichtige Anliegen zu schildern und über Lösungsansätze zu beraten. Für Vocke stand die nicht enden wollende Prozedur in Sachen „Verkehrsbeschilderung bei Treib- und Drückjagden“ im Vorder-

grund, bei der der BJV seit fast drei Jahren um eine vernünftige Lösung ringt. Jedoch werden ihm seitens der Politik immer größere Steine in den Weg gelegt, so dass bis dato trotz hohen Engagements von Innenstaatssekretär Eck keine absolut rechtssichere und doch kostengünstige Alternative für die Jagdleiter existiert. „Dieses Hin und Her und die Unzuverlässigkeit der Politik sind dem einzelnen Bürger schwer vermittelbar“, so Vocke. Er brachte auch die wachsende Bürokratisierung beim Forstlichen Gutachten sowie die Zuverlässigkeitsfrage im Waffenrecht zur Sprache. Neben BJV-Präsident Jürgen Vocke nahmen auch Günter Gabsteiger, Vorsitzender des Fischerzeugerrings Mittelfranken, Wolfgang Kink, Erster Landesschützenmeister des Bayerischen Sport-

schützenbundes, Peter Winter, MdL, Präsident des Bayerischen Blasmusikverbandes, Landrat Georg Huber, Präsident des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege, Walter Weinzierl, Kassier des Bayerischen Trachtenverbandes, und Alfred Stier, Vizepräsident des Landesfischereiverbandes Bayern, (v. r.) an dem Treffen teil. Ministerpräsident Seehofer versprach, sich der Anliegen der „staatstragenden Verbände“, wie er sie bezeichnete, anzunehmen. „Wir wollen etwas ermöglichen und nicht verhindern“, sagte er. Man müsse aber sehen, was in vielerlei Hinsicht schon erreicht worden sei. Jetzt gehe es darum, die Dinge zu optimieren. Er schlug vor, die Gesprächsrunde zu einer jährlichen festen Einrichtung zu machen. Sch

BJV-Besuch in Berlin trägt weitere Früchte: „60-Tagessatz-Regelung“ wird genauer Prüfung unterzogen

Wie in der letzten Ausgabe berichtet, hat der BJV die Anliegen der bayerischen Jäger in Sachen Waffenrecht beim Bundesinnenministerium in Berlin vorgetragen. Dieses Engagement macht sich bezahlt: Endlich ist es nun gelungen, ein Ziel durchzusetzen, das der BJV schon lange verfolgt. Im Nachgang zu dem Besuch hat die CSU-Landesgruppe bestätigt, dass die

Unzuverlässigkeitsregelung im Waffenrecht künftig einer schärferen Einzelfallkontrolle unterworfen wird. Bisher werden Waffenbesitzer, die zu mehr als 60 Tagessätzen Strafe verurteilt werden, für waffenrechtlich unzuverlässig erklärt. Jetzt sollen alle Fälle, die keinen Waffen-, Gewalt- oder Trunkenheitsbezug haben, sondern vielleicht Vermögens- oder Abgabede-

likte darstellen, besonders genau geprüft werden. Diese Vorgabe werde nach Plänen des Bundesinnenministeriums im Januar 2011 in einer Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz festgehalten werden, so die CSU-Landesgruppe. Auch die Aufnahme des BJV in den Fachbeirat zum Waffengesetz werde vom Ministeriums weiter vorbereitet.